

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
9 (1895)**

34 (9.2.1895)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-252455](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-252455)

Bant, den 8. Februar.

Der Reichstag setzte gestern die Besprechung der Interpellation Hage fort. Zunächst befuhrte der freisinnige Parteipreiser Schaefer die Forderung der Berufsvereine, die der konfessionelle Abg. Kettich bekämpfte. Nach diesem sprach Abg. Köstke, der aus dem Reichstagsklub in Berlin bekannt ist und aus diesem auch hinsichtlich der Arbeiterorganisationen etwas gelernt zu haben scheint, denn er befuhrte die Sicherstellung der Berufsvereine sehr warm und trat dem König Stumm, der jede Arbeiterorganisation verwerfe, scharf entgegen. „Wäre Herr Stumm mit seiner Fabel in Berlin, so würde er gewiß nicht so sagen wagen, er habe keine Sozialdemokraten in seinem Betriebe“, meinte sehr treffend Herr Köstke. Auch habe er es nicht für ein großes Zeichen von Muth, wenn Herr Stumm bei jeder Gelegenheit nach der Polizei rufe. Es sei unannehmbar mit der Gleichberechtigung der Arbeiter, wenn man ihnen, wie Herr von Stumm es thue, vorschreiben wolle, was sie lesen, wann sie betrauten dürfen u. s. w. König Stumm war darüber natürlich sehr erobert und zahlte dem Herrn Köstke damit betrie, daß er ihm sagte: Mit einem Arbeiter, der, wie Herr Köstke, von Herrn Singer sich habe zur Kapitulation zwingen lassen, distanzte er nicht mehr, was natürlich ein homerisches Gelächter auf der linken Seite hervorrief. An der Debatte beteiligten sich noch der Abg. Lieber (3), der erklärte, daß das Zentrum mit dieser Interpellation zum Ausdruck bringen wolle, daß mit der Bekämpfung des Umsturzes positive Sozialreform gleichen Schritt halten müsse. Von sozialdemokratischer Seite sprach Abg. Möller-Waldenburg. Die Debatte kam nicht zu Ende, sondern mußte vertagt werden.

Aus den Reichstagskommissionen. Die Staatskommission bewilligte die zweite Rate für das Kaiser Wilhelm-Denkmal. Minister v. Bütticher erklärte, ein neuer Entwurf sei in Ausarbeitung begriffen, dessen Kosten 4 1/2 Millionen nicht übersteigen. Abg. Singer regte die Errichtung eines Reichsinstituts zur Überwachung des Schiffbaues an. Minister v. Bütticher erwiderte, zunächst solle von der staatlichen Kontrolle des Schiffbaues abgesehen werden. — Die Zollkommission nahm einen Antrag Stumm an, wonach Ruchholz in den Grenzbezirken bis 1. Juli 1901 polizeifrei einzulassen sei. Die Kommission nahm weiter die Forderung der Humanitätskommission an, Ueber eine vom Abg. Frese gegebene Anregung, Ruchholz zu dem bisherigen Zolltage einzuführen, wird am Sonnabend beraten werden. — Die Reichstagskommission legte den Antrag Mundel, die Verhältnisse vor der Schwurgerichte zu verweisen, ab.

Zur Umsturzvorlage bemerkt die „Nat.-Lib. Rott.“, daß die in erster Lesung angenommene Fassung des § 111a (Verherrlichung von strafbaren Handlungen) auch den Nationalliberalen ungenügend erscheine. Gegen die Formulierung der ersten Lesung ist derselbe Einwand zu erheben, wie gegen die des Entwurfs: daß ein derartiger Paragraph die hier in Betracht kommenden Ausweitungen der sozialdemokratischen Agitation nicht vollständig treffen, aber die berechnete Freiheit der wissenschaftlichen Beurteilung und künstlerischen Darstellung einschränken würde. Der Paragraph wird keinesfalls so bleiben! Unbenutzt verrathen die Herren immer deutlicher, was sie wollen: ein Ausnahmestück gegen die Sozialdemokratie. Nicht bestimmte Handlungen als solche sollen bestraft werden, sondern nur, wenn Sozialdemokraten sie begehen. Andere sollen dieselbe That ungestraft begehen können.

Das Unglück der „Elbe“ wird demnächst im Reichstage besprochen werden. Die „Kreuzzeitung“ nämlich meldet, haben die Abgeordneten v. Stumm und v. Mantewitz, unterstützt von ihren Fraktionsgenossen, die nachstehende Interpellation eingebracht: „Verabsichtigen die verabschiedeten Regierungen, Maßregeln zu ergreifen, um den durch den Untergang von Seeschiffen verursachten Verlust an Menschenleben mehr als bisher zu vermindern?“

Die württembergischen Landtagswahlen haben für unsere Partei eine Vermehrung der Stimmen auf fast des Dreifachen gegenüber der vorigen Wahl gebracht, nämlich von 10641 auf über 29000. Definitiv gewählt ist zwar bisher keiner der sozialdemokratischen Kandidaten, doch kommen fünf derselben in die Stichwahl, von denen drei Aussicht auf den Sieg haben, wenn nicht etwa die vollparteilichen Wähler sammt und sonders in das Lager der Reaktion übergehen. — Die Stichwahlen sind für Stuttgart-Amt, Aalen, Ulm-Amt, Heilbronn-Amt, Obermerz, Rottweil, Cannstätt, Ellingen, wie vermutlich für alle übrigen Bezirke im Lande am Donnerstag den 14. d. M. anberaumt, die Stichwahl für Stuttgart-Stadt findet dagegen am Freitag den 15. d. M. statt. Durch diese Anordnung eines späteren Termins für Stuttgart-Stadt, bemerkt die „Schwab. Logzucht“, werden sich die Herren von der Deutschen Partei die Wahlen im Lande zu nahe zu machen suchen, hoffentlich lassen sie es für dieses freundliche Entgegenkommen auch an der schuldigen Dankbarkeit noch oben nicht fehlen.“

Den Duellisten werden will das Zentrum die Freude an der Umsturzvorlage noch etwas mehr verfallen. In der Umsturzkommission hat der Abg. Radbuhl (3) zu dem Abschnitt des Strafgesetzbuches, der von dem Zweikampf handelt, eine Reihe von neuen Anträgen gestellt. Danach soll zunächst statt Festungshaft durchweg Gefängnisstrafe gesetzt werden. Ferner sollen mehrere Paragraphen, welche für gewisse Fälle Strafmilderung oder Straffreiheit festsetzen, aufgehoben werden. Dagegen soll im Abschnitt über die Körperverletzung, § 233a, folgenden Zusatz erhalten: „Auch ist im Falle der erstmaligen Verurtheilung wegen Körperverletzung, wenn dieselbe in einem Zweikampfe begangen ist, auf fünfjährige

Unfähigkeit, ein Staatsamt zu bekleiden, und bei der wiederholten Verurtheilung wegen Körperverletzung im Zweikampfe auf dauernde Unfähigkeit, ein Staatsamt zu bekleiden, zu erkennen.“ § 238 soll folgenden Zusatz erhalten: „Findet aber die Verurtheilung wegen einer im Zweikampfe begangenen Körperverletzung statt, so ist die Annahme von mildernden Umständen ausgeschlossen.“ § 231 folgenden Zusatz: „Ist jedoch die Körperverletzung im Zweikampfe erfolgt, so darf auf Gefängnis nicht erkannt werden“, und § 232 (nach welchem die Strafverfolgung wegen leichter bzw. fahrlässiger Körperverletzung nur auf Antrag des Verletzten erfolgt: „Eines Antrages bedarf es nicht, wenn die Körperverletzung im Zweikampfe erfolgt ist.“) Bar jedoch der Antrag in diesem Falle besteht, so ist die Zurücknahme desselben unzulässig.“ § 233 (Mildere Strafen oder Strafschüßel bei leichten Körperverletzungen oder wegen Kompensation) soll folgenden Zusatz erhalten: „Vorliegende Vorschriften finden keine Anwendung, wenn die Körperverletzungen im Zweikampfe erfolgt sind.“ — Zum § 112 des Militärstrafgesetzes wird schließlich beantragt, wenn auf Dienstentlassung erkannt wird, auch auf Unfähigkeit zur Bekleidung eines Staatsamtes zu erkennen.

Der Antrag Ranig in seiner neuen Form läßt die Absicht einer unerhörten Brodvertheuerung mit aller Deutlichkeit erkennen. Er will die Mindestpreise des Getreides nach dem inländischen Durchschnittspreis der Periode 1850—1890 bemessen. Nun ergibt die preussische Preisstatistik, daß im Durchschnitt dieser 41 Jahre in Preußen der Preis für Weizen auf 203.85 Mk. für Roggen auf 159.51 Mk. (abgerundet 204 Mk. bzw. 160 Mk.) pro Tonne stielte. Auf diese Höhe mindestens sollen nunmehr die Preise für die gesammte Weizen- und Roggenmenge gebracht werden, welche im deutschen Zollgebiet verbraucht wird. Denn wenn auch eine unmittelbare Festlegung des Verkaufspreises seitens des Reiches nur für ausländisches Getreide stattfinden soll, so würde doch die vollständige Herrschaft der ausländischen Konkurrenz bis zu diesem Preise es auch dem inländischen Getreide ermöglichen, bis auf denselben Preisstand zu kommen. Da in der letztvergangenen Woche 3. d. an der Berliner Börsen für am Platz verfügbaren Weizen 100 Lieferungsqualität 136 Mk. pro Tonne, für Roggen unter den gleichen Bedingungen 113 Mk. bezahlt wurden, so beabsichtigt der Antrag Ranig einen Preisauflage zu dem gegenwärtigen Weizenpreise von 68 Mk. und zu dem gegenwärtigen Roggenpreise von 47 Mk. Schon der gegenwärtige Preis stellt sich bekanntlich in Folge des Getreidepreises um 35 Mk. höher als der Preis auf dem freien Weltmarkt (in Amsterdam wurde 3. d. am 26. v. Mts. Weizen mit 92.2 Mk., Roggen mit 74.4 pro Tonne notirt). Die Annahme des Antrags Graf Ranig würde bei den gegenwärtigen Preisen gleich kommen einer Erhöhung des Preises für Weizen von 35 Mk. auf 100 Mk. und für Roggen von 35 Mk. auf 80 Mk. pro Tonne. Vergleicht man die im Antrage Ranig vorgesehenen Minimalpreise mit den gegenwärtigen natürlichen Preisen auf dem freien Weltmarkt, so würde der Antrag Graf Ranig in Verbindung mit dem schon bestehenden Getreidegesetz eine Vertheuerung des Weizens von 101 Mk. auf 204 Mk., des Roggens von 78 Mk. auf 160 Mk. herbeiführen. Die gegenwärtigen, allerdings ungewöhnlich niedrigen Preise für vollreife Waare würden also durch das Zusammenwirken beider Auflagen mehr als verdoppelt werden!

Der Duelleufel ist unter die Professoren gefahren. Seit Professor Wagner so referentenartig war, die Forderung des christlichen Christenkapitalismus Stumm wenigstens bedingt annehmen, sind die Kollegen des Herrn Wagner rein rabiat geworden. Herr v. Kaufmann zum Beispiel hat Herrn Schmöller „vor die Büsche“ geladen; dieser hat aber gedankt, und meint sichtlich, jeder Esel könne ein Loch in die Luft oder — was ein noch geringerer Schade — in einen anderen Esel schießen; jedoch ein Buch zu schreiben, sei etwas Anderes.

Ein Preßbeleidigungsprozeß wurde am Dienstag vor dem Berliner Landgericht gegen den Redakteur der „Berl. Zeitung“, Wöhringer, wegen einer Besprechung des Ramalls in Romanes im Februar vorigen Jahres, verhandelt. Die damalige Darstellung ging dahin, daß der Gendarm Preuß bei der Verfolgung eines ihm entwichenen Verbrechens in die Wohnung des Malers Bergmann eingebrungen und dort in der Betrunkenheit die Suche sehr rücksichtslos unter verschiedenen Sachbeschädigungen betrieben habe, und als sich dann ein Weichenauflauf bildete, auch gegen diese offensiv vorgegangen sei, geschossen und mit dem Säbel hineingehauen habe; dadurch erst sei die Wenge selbst erregt worden. Der Gendarm Preuß bestritt, betrunken gewesen zu sein, er sei nur durch die Flucht des Verbrechens erregt gewesen und sei dann gleich auf der Straß bedrängt worden. Gendarm George sagte aus, daß er und die anderen Beamten Preuß zu Hilfe kamen, weil der Ramall sehr groß war und Preuß stark bedrängt wurde, auch selbst schon verunndet war. Ähnlich äußerten sich die anderen Beamten, die bestritten, daß Preuß betrunken war, während Privatpersonen ihn wie einen Betrunknen die Straß entlang taumeln gesehen haben wollen. Der Gerichtshof erachtete den Wahrheitsbeweis nicht geführt; allerdings deuten sich die Zeugenaussagen nicht, der Gerichtshof folgte jedoch den Wahrnehmungen der Zeugen, welche die Trunkenheit bestritten. Das Urteil lautete auf 200 Mk. Geldstrafe.

Die Lage der Dinge in Deutsch-Ostafrika wird sich der Reichstag bei Beratung des Kolonialgesetzes besonders genau ansehen müssen. Der Etat für dieses Gebiet fordert gegen das Vorjahr eine Steigerung des Reichsaufschusses von 3370 000 Mk. auf 3700 000 Mk., also um 330 000 Mk.; der Bedarf für die Militärver-

waltung ist allerdings um 25960 Mk. niedriger angesetzt, insofern ergibt diese Herabminderung in einem etwas anderen Lichte, wenn man vernimmt, daß die Gehälter für die bisherigen Soldaten um 100 000 Mk. geringer als im Vorjahre veranschlagt sind, „da die Vorschläge herabgesetzt werden können“. Ohne diese Rohveranschlagung auf Kosten der Schwarzen würde der ostafrikanische Militäretat also, ganz wie derjenige im Mutterlande, wiederum eine Erhöhung aufweisen und diese würde zum größten Theil konsumiert werden durch die Vermehrung der Ausgaben für Expeditionen und Stationen“, welche im kommenden Etatjahre 350 000 Mk. gegen 305 000 Mk. im Vorjahre, also 45 000 Mk. mehr, angesetzt sind. Trotz der Aeußerungen des Herrn Dr. Richter auf dem Hamburger Bankett scheint dennoch beabsichtigt zu sein, im kommenden Jahre die „Expeditionen“ noch auszuweiten und zu vermehren. Ob die Mehrheit des Reichstages geneigt sein wird, der Reichsregierung auf diesem Wege zu folgen, erscheint aber um so fraglicher, als der eben zur Veröffentlichung gelangte offizielle Bericht über die vielbesprochene Expedition des Gouverneurs v. Schell gegen die Waböge durchaus nicht geeignet ist, für die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit solcher Kriegszüge Stimmung zu machen. Sogar ein sonst sehr kolonialfreundliches nationalliberales Organ der Hauptstadt ist nicht erlich den Kopf über den Zug des Herrn von Schell, dessen Zweck um so unverständlicher wurde, je vollständiger man die Berichte über die zahlreichen und für die Schutztruppe so verlustreichen Kämpfe vor sich habe. Dazu kommt, daß die angeblichen „Siege“ des Herrn von Schell sich, genau gesehen, sehr sonderbar ausnehmen, und daß die schleunige Heimkehr, die der Gouverneur trotz seiner „Siege“ für zweckmäßig erachtete, kaum geeignet ist, den Respekt der „Besiegten“ vor der deutschen Schutzmacht in's Kraut zu stechen zu lassen. Immer mehr stellt sich die von Bismarck inaugurierte Kolonialpolitik als das heraus, was sie ist, eine Vergebung der Mittel des Volkes zum Vortheil einiger Wenigen, und als ein wahrer Hohn auf die Forderung der Vervölkerung der „Humanität und Zivilisation“ unter den „Barbaren“.

Vom konfessionellen Kriegsschauplatz. Aus dem Kreise Dr. Stargard in Westpreußen wird gemeldet: Im vorigen Jahre wurde der Vikar von Wilkau von der Strafkammer zu Dr. Stargard zu 100 Mk. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte, als er den katholischen Pfarrer in Garzisch vertrat, die katholische Ehefrau eines evangelischen Arbeiters ermuntert, weil sie sich evangelisch hatte trauen lassen. Auf ihr Bitten und mit Genehmigung des Dischols nahm er sie jedoch wieder in die Kirchengemeinde auf. Dabei beobachtete er folgende Form: Eines Sonntags nach der Predigt verkündigte er den Sachverhalt der versammelten Gemeinde, trat dann mit einem alten Weibchen, eingekleidet (selbstredend) zu der in geeigneten Umständen befindlichen Frau und verlesete ihr unter Hülfe von Psalmen mit der heiligen Geißel etwa ein Duzend Schläge. Der Ehemann fühlte sich hierdurch beleidigt und stellte Strafantrag. Die Frau wurde infolge der ihr widerfahrenen Behandlung gemüthlich krank. Der Gerichtshof erkannte auf die erwünschte Strafe. Gegen das Urteil legten sowohl der Angeklagte, als auch der Staatsanwalt Revision ein. Ersterer verlangt Freisprechung, letzterer die Anwendung des § 223 des Strafgesetzbuches, welcher lautet: „Wer vorsätzlich einen Anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt, wird wegen Körperverletzung mit Gefängnis bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu tausend Mark bestraft“. Das Reichsgericht hat beide Revisionen verworfen.

Eine Durchsichtung nach sozialistischen Druckchriften wurde, wie unser Hürter Bruderorgan mittheilt, in der dortigen Artilleriekaserne vorgenommen.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 5. Febr. Der Landtag nahm einen Antrag an, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Ausarbeitung eines Gesetzes für die Schiffarmachung der Moldau von Prag bis Wien und der Elbe von Wien bis auf die Mündung und den notwendigen Aufwand in verpachtungsmäßigem Wege in nächster Zeit zu beschaffen.

Brinn, 5. Febr. Der Sekretär über Einführung der zweiten Landessprache an den Realhöfen wurde mit der Aufforderung an die Regierung, die Einführung der zweiten Landessprache als obligatorischen Lehrgegenstand auch an dem Gymnasium zu erheben, einstimmig angenommen.

Belgien.

Lüttich, 6. Febr. In dem Anarchistenprozeß spielte sich gestern ein sensationeller Zwischenfall ab. Als der Staatsanwalt mit seiner Duplik beginnen wollte, sprang der Mitangeklagte Müller, auf dessen belastende Aussagen sich die ganze Anklage der Staatsanwaltschaft stütze, auf und rief: „Ich will nicht Unschuldige leiden lassen, ich habe Alles erlogen. Ich habe allein, und zwar auf Anstiften des Ruffen, die Attentate verübt. Bei Schieds wurden die Attentate nicht verübt. Westkamp hat die bei Menon gelegte Bombe nicht hergestellt und nicht gelegt. Wille, Westkamp und Joris waren an dem in Gheerlen verübten Diebstahl von Dynamit und Zündern nicht betheiligt. Ich allein bin für das Attentat bei der Jakobskirche verantwortlich. Verg, Westkamp und Joris waren nicht dabei. Arnold und Leblanc waren nie Anarchisten.“ Diesen Entfallungen folgte ein großer Tumult. Der Staatsanwalt erklärte, nicht weiter plädieren zu können, er vermuthet, daß eine „Reinigung des Prozesses“ nöthig werden würde. Der Präsident vertagte hierauf die Sitzung auf Donnerstag.

Merica.

Newyork, 6. Febr. Über die Handlungsweise des Präsidenten Cleveland, der zur Bewältigung des Streiks

der Angehörigen der Tramwaygesellschaft Miliztruppen nach Chicago geschickt hat, herrscht allgemeine Erbitterung. Nach Gouverneur Algel von Illinois befragt sich in seiner Jahresbotschaft darüber und sagt u. A.: „Wenn der Präsident nach seinem Belieben sofort Truppen in irgend eine Stadt oder irgend ein Dorf im Lande senden kann, wenn es ihm beliebt, unter dem Vorwande, daß er irgend ein Gesetz zur Ausführung bringen will, dann giebt es, da doch seine Ansicht, d. h. sein Verdict, das einzige Kriterium ist, keinen Unterschied in dieser Beziehung zwischen der Macht der Präsidenten und der des Kaisers Wilhelm oder der des Zaren von Rußland. Keiner von diesen Potentaten beansprucht mehr.“ Im Weiteren beweist Algel, daß der Präsident keinen Anlaß zu seinem Vorgehen hatte. Daß darum die Aufregung im Publikum keine geringe ist, ist also nicht zu verwundern, und ebenfalls nicht, wenn sich dasselbe bei vorstehenden Wahlen dieser Handlungsweise des Präsidenten erinnert.

Newyork, 6. Febr. Die Unruhen in Brooklyn wegen des Tramwaystreiks waren gestern Abend bestiger denn je. Bei dem Abmarsch der Miliztruppen griff die Menge die Tramwaywagen an und mißhandelte die neu Angekehrten. 30 Verhaftungen wurden vorgenommen. — Die Militärmacht steht jederzeit dem Kapital zur Verfügung, nie aber den Arbeitern zur Abhilfe auch der berechtigten Beschwerden. Das erzeugt natürlich Erbitterung.

Australien.

Sidney, Ein Fortschritt in der Frauen-Emancipation ist in Australien zu verzeichnen. Dem von Neu-Seeland gegebenen Beispiele ist nun auch Südaustralien gefolgt, wo die Vorlage, welche das Wahlrecht auf weibliche Personen ausdehnt, dieser Tage die parlamentarischen Sessionen erhalten hat. Das südaustralische Gesetz unterscheidet sich jedoch in einem wesentlichen Punkte von dem in Neu-Seeland geltenden. Denn während in Neu-Seeland der weibliche Theil der Bevölkerung, ausgenommen bei Gemeindevahlen, ausschließlich das aktive Wahlrecht besitzt, können in Südaustralien Frauen künftighin nicht allein wählen, sondern sich selbst auch als Kandidatinnen aufstellen lassen.

Aus Stadt und Land.

Baut, 8. Februar. Wie bereits erwähnt worden ist, fand Morgen Abend in der „Ritze“ eine öffentliche Bürgerversammlung statt. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Tagesordnung (Siehe Interat in heutiger Nummer) ist es dringender geboten, daß sämtliche Gemeindeglieder in dieser Versammlung erscheinen. — Von Seiten des Bürgervereins Baut wurde in der gestern Abend stattgehabten Monatsversammlung folgende Kandidatenliste zu der am Sonntag, den 17. Februar stattfindenden Reichsrathswahl aufgestellt: Richter: A. Strehling, Maurermeister; C. Burrod, Arbeiter; G. Dieß, Schiffzimmermann; J. Schumacher, Werführer; P. Gerdes, Zimmerer; Aug. Grünke, Arbeiter; G. Carstensen, Klotz; F. Müller, Schiffzimmermann; Richter: W. Beckmann, Tischler, Vorarbeiter; H. Starke, Arbeiter; J. Risch, Schlosser; F. Haaren, Schmidt; A. Carstensen, Tischler; L. Range, Maler; J. Jansen, Sattler. Diese Liste soll der öffentlichen Bürgerversammlung in Vorschlag gebracht werden, da dieselbe deren Zustimmung noch bedarf. In dieser Versammlung wurde auch wieder über den leidigen Reformmangel in unserer Gemeinde lebhaft Klage geführt. Man gab der Hoffnung Raum, daß diesem Uebelstand möglichst bald abgeholfen werde. Daß die Krottoles und sonstigen Fußwege bei der herrschenden Kälte nicht genügend mit Sand oder Asche bestreut werden, sei wohl dem Umstand zu verdanken, daß die Mehrzahl der Anwohner erst durch Schaben klug gemacht werden müßten. Die Errichtung einer Verbindungsanstalt auf bzw. bei dem Marktplatz betr. soll dem Gemeinderath noch einmal zur Erwägung anheim gegeben werden.

Baut, 8. Febr. Steuerhebungstermine. Die Schulacht Neubremen hat zur Zahlung der Schulumlage 2. Halbjahr 1894/95 auf den 9., 11. und 12. Februar von Morgens 9—1 Uhr in der Wohnung des Schulrechnungsführers Herrn Latanz Termin angesetzt. Geboten werden 75 Pro. der Einkommensteuer. — Die katholische Schulacht Baut-Deppens-Neuende hat ebenfalls einen Hebungstermin für die Schulumlage, 2. Halbjahr 1894/95 anberaumt und zwar auf den 13. Februar von Nachmittags 2 bis Abends 7 Uhr. Der Termin findet statt in der Wohnung des Schulpatrons Herrn Robert de Boer, Neue Wilhelmshavenerstraße 69. Daß diese Hebungstermine angelehnt der Arbeitslosigkeit der Bauhandwerker glänzend und rücksichtslos gewählt sind, kann man gerade nicht behaupten.

Baut, 8. Februar. Der „Wiltz. Anzeiger“ meldet eine Ermäßigung der Fleischpreise an, da auf den größeren Märkten das Angebot von Vieh in keinem Verhältnis zur

Nachfrage stehe. Besonders mache sich der Preisfall beim Rindvieh- und Schweinehandel bemerkbar. Es ist das eine sehr angenehme klangende Botschaft, jedoch in Anbetracht der Jähigkeit der Schlächter, die Preise zu halten, steht uns der Glaube an deren baldiger Verminderung.

Wilhelmshaven, 8. Februar. Am Mittwoch, den 20. d. Mts., findet auf der I. Weist eine Auktion nicht mehr verwendbarer Inventarien und Materialien, als Prähme, Boote, Werkzeuge, Käffer, Rissen, Filz. Jeder u. i. m. Aukt.

Wilhelmshaven, 8. Febr. Der Regierungspräsident zu Aurich erläßt folgende, die schiffabende Bevölkerung interessirende Bekanntmachung: „Nach einem Besche vom 11. November 1892 sollte in den vereinigten Staaten von Brasilien vom 15. November v. J. ab die Küstenfahrtschiffahrt nur noch von einheimischen Schiffen betrieben werden, durch ein neuerdings erlassenes Gesetz ist jedoch den fremden Flaggen das Recht zur Beifahrt an der Küstenfahrtschiffahrt in Brasilien noch bis zum November 1896 zugelassen worden.“

Heppens, 8. Febr. Heute Abend findet in Roß's Gasthaus eine vom Gemeindevorsteher Herrn Ritzgen einberufene Gemeindeglieder-Versammlung statt, um den event. Anschluß der Gemeinde Heppens an die elektrische Beleuchtung zu besprechen. — In der am Mittwoch in Tönnebeck bei Herrn Frier stattgefundenen Versammlung der Hausbesitzer in dieser Gegend, wurde nach Vorträgen der Herren Jesh (Vater und Sohn) aus Wilhelmshaven beschloffen, den Gemeinderath zu ersuchen, die Sache in die Hand zu nehmen und für Einführung des elektrischen Lichtes zu sorgen. Herr Jesh sen. theilte in seinem Referate mit, daß aus dem neuen Marktplatz in Heppens eine Zentralstelle für elektrische Beleuchtung errichtet werden solle und die Gemeinde Heppens sich bald entschließen müsse, ob sie sich Tönnebeck und Heppens anschließen wolle. Ueber den Kostenpunkt sagte Herr Jesh jun., daß für Tönnebeck die Anlage 3640 Mk. und das Licht pro Stunde 3 Pf. kosten würde. Er behauptete, daß es billiger sein würde, als Gaslicht, was Herr G. Busch, und nicht mit Unrecht, bestritt. Vorläufig sei elektrisches Licht nicht billiger als anderes Licht, meinte Herr Busch, aber es sei das Licht der Zukunft und die größere Bequemlichkeit und Annehmlichkeit. Auf die Stellungnahme des Gemeinderathes kann man gespannt sein.

Oldenburg, 7. Febr. Die Ripselmäße unter den Oldenburger Spielern können sich immer noch nicht über die Ortskrankenkasseevertreterwahl beruhigen und sind sie jetzt beim V. angekommen. Unbegreiflicherweise fangen sie anhalt beim A. hinten beim J an. Dieser V., der heute nun seinen Rost in den „Nachr. f. Stadt u. Land“ breit treibt, schmelzt den A., der sich herausgenommen hat, der Wahrheit entsprechend eine Lauge für die verurtheilten Sozialdemokraten zu brechen und das Vergehen des Handwerkervereins zu tabeln. A. ist schade, daß die Redaktion der Nachrichten die Diskussion über die schauerliche Geschichte geschlossen hat, da wir dadurch um das Vergnügen gekommen sind, noch mehr „Stimmen aus dem Publikum“ über die Sache zu hören. Wenn auch Geist und Stil dieser in Druckerwürze umgewandelten Stimmen das Papier nicht werth sind, auf dem die Druckerwürze verstreut wird, so macht uns doch die Furcht, die aus dem Siegesgeheiß der Handwerkervereiner und Bierphilistiner spricht, großes Vergnügen. Ohne Zweifel hat der Vorstand des Handwerkervereins wenigstens die Rettungsmethode verdient, denn er hat die Stadt vor der sozialdemokratischen Herrschaft und vor der Anarchie gerettet. Dieser Vorstand scheint übrigens aus furchtbar pflichteigenen und arbeiterfreundlichen Männern zu bestehen, wie er sich denn auch in einem Vertheidigungsartikel gegen den A. Eisenberg über alle Maßen selbst lobt: „Der Handwerkerverein hat es für seine Pflicht gehalten, der Bitte der Arbeiter um Unterstützung zu entsprechen“, heißt es z. B. da. Wir glauben das sehr gerne und machen ihnen keinen Vorwurf daraus, doch mögen die Herren einen Verleumdungserlaubnis: Die Verleumdungen sind auch für ihre Pflicht, in den Rücken zu fallen.“ Wenn die Herren vom Vorstand doch mal sagen wollten, was das für Arbeiter, oder um im Gleichniß zu reden, was das für Hasen gewesen sind, die den Hasen um Hilfe gebeten. Obgleich es uns ganz gleichgültig ist, wer die Hasen gewesen, fällt das Märchen von der hilfesuchenden Arbeiterkraft sofort zusammen, wenn Namen genannt werden. Weiter mag der Vorstand des Handwerkervereins seine Mitglieder und sonstige anglickische Spieler, welche die Ripselmäße tief über die Drenn gezogen haben, mit seinen Pfaffen von der Wahrheit des Gemeinbekandes, dem Schutze der friedliebenden Arbeiter über seine Schöße, unwahrhaftige Agitationen hinwegjücken, uns täuschen die klugen Leute nicht, sondern wir nageln sie einfach fest und verlangen nun endlich den Beweis für die treue Behauptung, daß die Sozialdemokraten Politik in die Ortskrankenkasse bringen wollten. Weiter verlangen

wir von den leichtfertigen mit Beschuldigungen um sich werfenden Herren den Beweis dafür, daß von dem Parteivorstand in Berlin die Lösung zum Sturm auf die Ortskrankenkassee-Vermittlung ergangen. Diese Beweise können sie aber nicht belegen und so bleibt an ihnen die Beschuldigung hängen, Politik bei jener Wahl getrieben zu haben und zwar die schlimmste Politik, die es giebt — Parteipolitik. Diese Politik, die sich in der Risse schon breit zu machen versucht hat, mölteste die Sozialdemokraten allerdings bismarckianisch, daher ihr geschlossenes Vorgehen und sie werden auch noch die Parteipolitik und falschen Arbeiterfreunde, die die Masse der Gemeinnützigkeit vorgeführt haben, zu Thronen treiben und bekriegen. „Bei Philipp! sehen wir uns wieder.“

Bremen, 7. Febr. Nach einem Berichte des Seemannsamtes sind im Laufe des vergangenen Jahres nicht weniger als 549 Seeleute von bremischen Schiffen desertirt; darunter waren 50 Bremer, 452 sonstige Deutsche und 47 Ausländer. — Der Nordd. Lloyd wies 100 Pfund Sterling als Belohnung für den Kapitän und die Mannschaft der „Wiltflower“ an.

Vermischtes.

— Wer untergräbt die Ehe? Aus Karlsruhe wird telegraphirt: „In einem hiesigen Hotel erschloß sich gestern Abend ein Liebespaar, der Tapetzer Friedrich Hundschuh aus Boisdorf in Sachsen und seine Geliebte. Beide waren mittellos. In einem zurückgelassenen Briefe wird gesagt, daß die Familienverhältnisse beider nicht gestatteten, einander anzueheiraten und daß sie ein gemeinsames Grab wünschten, um wenigstens im Tode vereint zu sein. — Man sieht, nicht die bösen Sozialdemokraten, sondern die sozialen Verhältnisse, deren Veränderung wir zu erkämpfen bestrbt sind, untergraben die Institution der Ehe.“

— Die Scharlachepidemie beim Militär in München ist immer noch im Zunehmen. In den letzten acht Tagen hat das Infanterie-Regiment 23 neue Fälle. Im Ganzen sind in diesem Regiment 123 Mann erkrankt. 9 liegen sehr ernst danieder. Das 1. Infanterieregiment hat 9, das Kavalleriecorps 5 Scharlachkranken.

— Ein Zdyll aus dem Militärkranz. Aus Hamburg wird vom Montag gemeldet: In der vergangenen Nacht wurde ein Offizier des 31. Regiments in dem Wagnerschen Pferdebahnhofen von einem Jockeier beseitigt. Der Offizier machte von seiner Waffe Gebrauch und verletzte den Jockeier ansehnlich schwer. Die Untersuchung ist eingeleitet.

— Vom Schneesturm überrascht und erkrankt sind gestern Nachmittag auf offener See drei bishige Fischer, Namens Keschlaue, Reinde und Freitag, bei Warnemünde. Alle drei waren verheirathet. Sie hinterlassen 13 Kinder. Die Leichen sind noch nicht gefunden. Die Fischergattungen wurden an's Ufer gespült.

— Von der Lade der Winterfalle wird aus Neustadt a. H. folgendes berichtet: Als dieser Tage der mit etwa dreihundert Stunden Verpachtung von Reumkirchen am 9 Uhr 20 Min. fällige Schneelag in Neustadt eintraf, waren an einem Abtheil zweier Rössen während der Fahrt die Hühner auf beiden Seiten bereit angestrichen, daß alle Versuche, sie zu öffnen, mißglücken. Den vier aussteigenden Reisenden blieb nichts Anderes übrig, als — durch's Fenster hinauszukriechen.

— Eisenbahnunglück. Am Montag Nachmittag wurden auf dem nicht geschlossenen Ueberwege bei Rade 14 der Strecke Schöden-Elstert durch die Maschine des von Magdeburg kommenden Personenzuges 85 die beiden Pferde eines Fuhrwerks überfahren und getödtet. Der auf dem Wagen stehende Geschäftsführer blieb unverletzt und der Wagen wurde nur gering beschädigt. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet.

— Eine Feuerbrandt geriethe den größten Theil der Vireolumfabriken der Firma Williamson in Lough Aher (England). Der Schaden beläuft sich auf 600 000 Mart.

Vereinskalender.

Baut-Wilhelmshaven.
Verband der Zimmerer. Freitag, den 8. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Willemann.
Freiwillige Feuerwehr. Sonnabend, den 9. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung im Vereinslokal.

Briefkasten.

X. Z. Heppens: „Neue Deutsche Nachrichten-Zeitung“, Frankfurt a. M., Buchgasse 10. Erstmalig am 14. Tage. — J. D. Oldenburg: Das Couvert ist leider nicht mehr vorhanden, doch können wir mit zwei Rassen beweisen, daß der Preis zwischen 6 und 7 Uhr Morgens in Oldenburg abgestimmt, aber erst am Mittag zwischen 12 und 1 Uhr hier angekommen ist. — Wo steht denn der für heute in Aussicht gestellte Ausflug? D. Res.

Gedenket der hungernden Vögel!

Wulf & Francksen		Einschläfige Betten		Einschläfige Betten		Einschläfige Betten		Einschläfige Betten	
		Nr. 10		Nr. 10b		Nr. 11		Nr. 12	
aus roth-grün gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.		aus roth-grün gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.		aus roth-grün gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.		aus roth-grün gestreiftem Atlas mit 16 Pfund Federn.		Oberbett aus rothem Daunentücher, Unterbett aus roth. Atlas mit 16 Pfund Daun u. Federn.	
Oberbett		10,25		13,50		17,50		22,—	
Unterbett		10,25		13,50		17,50		20,50	
2 Rissen		7,—		9,—		10,—		12,—	
		Wrt. 27,50		Wrt. 36,—		Wrt. 45,—		Wrt. 54,50	
zweischläfig		Wrt. 31,—		Wrt. 40,50		zweischläfig Wrt. 50,50		zweischläfig Wrt. 61,—	

Grosse öffentliche Gemeindebürger-Versammlung

am Sonnabend den 9. Februar 1895, Abends 8½ Uhr
im Saale des Herrn Heilemann, Vereinshaus „Zur Arche“ in Bant.

Tagesordnung:

- 1) Die Errichtung einer Fäkalien-Anstalt seitens der Stadt Wilhelmshaven.
- 2) Kirchenrathswahl betreffend. 3) Diskussion.

Alle Gemeindebürger sind zu dieser Versammlung eingeladen.

Der Einberufer.

Schulacht Neubremen.

Zur Hebung der Schulumlage nach dem Einkommen, 2. Halbjahr 1894/95 = 75 Prozent der Steuer, siehe Termine an am

9., 11. und 12. Februar cr. je von Morgens 9 bis Mittags 1 Uhr, in meiner Wohnung, Grenzstraße 49.

Katann, Rechnungsführer.

Kath. Schulacht Bant-Heppens-Neuende.

Die Hebung der Schulumlage pro zweites Halbjahr 1894/95 wird am 13. Februar d. Js., Nachmittags von 2 bis 7 Uhr in der Wohnung des Unterzeichneten, Neue Wilhelmshavener Straße 69 stattfinden.

Bant, den 7. Februar 1895.

Der Schuljurat.

Robert de Boer.

Verkauf.

Der Pferdehändler Lütke Duren zu Hogenstede läßt am

Sonnabend den 9. d. M.

Nachmittags 1 Uhr anfangend bei der Behausung des Gastwirths Decker zu Kopperhöfen

20 allerbeste litthauer und russische

Doppel-Ponys

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, 1. Februar 1895.

H. Gerdes,

Auktionator.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Barchendhemde

mit doppelter Brust
für Männer

Stück 85 Pf.

Sämmtliche
Arbeitszeuge:

blauleine Blousen,
Ueberhosen, Engl. Leder-
und Fünffacht-Hosen usw.
in nur allerbesten Qualitäten
zu unerreicht niedrigen
Preisen.

Für Masken-Bälle

empfehle mein großartiges Lager in

Masken, Gold- und Silberwaaren

als:

Spitzen, Franzen, Gold- und Silberlitzgen, Schnüre,
Schellen, Sterne, Plüster und Schmuckwaaren u.

Blumen, Handschuhe, Corsets.

Ballatlas in allen Farben 60 Pf. Farbigen Sammet
in prachtvollen Farben Mk. 1,—. Ballhandschuhe 30
bis 60 Pf. Ballstrümpfe von 15 Pf. an. Seidene
Bänder Meter von 8 Pf. an. Corsets in großer Aus-
wahl zu äußersten Preisen. Näher wieder neu eingetroffen
in hübscher Auswahl von 40 Pf. an bis zu den feinsten.

Heinrich Hitzegrad,

Werftstraße, Bant.

Starke feste Sohlen,
guten Sohlleder-Abfall

sowie sämmtlich Schuhmacher-Bedarfs-
artikel empfiehlt billigst

Emil Burgwitz,

Lederhandlung,

Wilhelmshaven, Noonsstr. 75.

Gilig, Gilig!

zur

Marktstr. 25

zum

Waarenhaus für Gelegenheitskäufe

hin, wo tagtäglich

großer Ausverkauf

zu Auktions- und Taxpreisen
stattfindet.

Einfügen

künstlicher Zähne und ganzer Gebisse,
Blombiren nur von bestem Material
und vollkommen schmerzlos.

Sämmtliche Zahn-Operationen
werden bestens ausgeführt.

M. Pape, Zahntechniker,
Alte Straße 17.

Größe 500 Ztr. weißmehlige und
bläurothe

Kartoffeln

zu verkaufen. F. Reemann,
Gemüthändler, Althöppens.

Die
Süssrahm-Kronen-Margarine

von

Anton Jurgens Prinzen & Comp.
ist wegen ihres vorzüglichen Ge-
schmacks der besten Naturbutter
gleichzustellen.

Jedes Paket, welches mit der
vollen Firma: Anton Jurgens
Prinzen & Comp. versehen, ist
das Pfund für 48 Pfg. in
Wilhelmshaven und Umgegend nur
allein käuflich bei

E. Bakker,
Bismarckstraße.

Unter Nr. 28

verkauft eine feine 5 Pf.-Zigarre.
E. H. Bredehorn, Neust.

Parfüms

in verschiedenen Gerüchen, in Flaschen und Lose,
Medizin- und Toilette-Seifen

empfehlen die
Drogerie zum Rothen Kreuz,
Werftstraße 10.

Eine große, graue

Dogge

(1 Jahr alt) ist billig zu verkaufen.
Paul Barisch, Viktoriastr. 4a.

Männer-Turnverein „Germania“.

Sonnabend den 9. Februar
Abends 8½ Uhr

Mitglieder - Versammlung

im Vereinslokal.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

**Damen- u. Herren-
Perrücken**

sowie Bärte

für Karneval- und Theater-
Auführungen, verleiht zu den
billigsten Preisen

W. Morisse,
Noonsstraße 75 b.

Zu vermieten

eine kleine Oberwohnung.

G. Müller, Kopperhöfen, Marienstr. 3.

Zu vermieten

zum 1. Mai eine Etage- und eine
Oberwohnung, mit je vier Räumen.
C. Weilschmidt, N. Wilhelmsh. Str. 44.

Zu vermieten

eine fünfräum. Oberwohnung sowie
eine dreiräum. Unterwohnung, beide
mit großem Garten.

Friedrich Eggerichs, Neuende.

Zu vermieten

in der Neuen Wilhelmsh. Straße eine
Oberwohnung.

Von wem? ist zu erfragen in der
Expedition d. Bl.

Gutes Logis für einen jg. Mann

Grenzstr. 21, 1 Tr., Eingang Börsenstr.

Zu verkaufen

drei neue Spiegel und ein neuer
Schreibtisch mit Aufsatz.
Grenzstraße 67.

Gesucht

zum 1. März ein Lehrling.

G. Richter, Klempner u. Dachdeckerstr.
Deppens, Schulstraße 8.

Waaren-Haus
B. H. Bührmann.

Hemdentuche
per Meter 18 Pfg.